



Medienberufe

Version: 2015 12 05

Bundesfachgruppe Medienberufe im BSA, Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien

<https://medienberufe.bsa.at>

Kontakt: medienberufe@bsa.at

Positionspapier für die Parteiprogrammdiskussion

Sozialdemokratie und Medien

Medienlandschaft im Wandel

Die Medienlandschaft befindet sich in einem starken Strukturwandel. Neben klassischen Print-, Rundfunk- oder Onlineangeboten gewinnen multimediale Angebote zunehmend an Bedeutung. Die Grenzen zwischen Printmedien, Radio und TV sowie internetbasierten Medien verschwimmen zusehends.

Im Wettbewerb um Werbegelder müssen österreichische Medien immer öfter mit internationalen Konzernen konkurrieren. Dadurch, aber auch aufgrund von Gratismedien werden österreichische Medieninhalte und Medien, insbesondere aber auch Qualitätsjournalismus, immer schwerer finanzierbar.

Demokratie und Partizipation brauchen Öffentlichkeit.

Sowohl demokratische Entscheidungsprozesse als auch demokratische Kontrolle beruhen darauf, dass Bürgerinnen und Bürger Zugang zu allen wesentlichen Informationen haben und so unterschiedliche Interessen artikulieren sowie Mitwirkungsrechte wahrnehmen können. Ein Maximum an Informationsfreiheit, Medienfreiheit, Medienvielfalt und Medienkompetenz ist Voraussetzung dafür, dass Öffentlichkeit entsteht.

Maßnahmen und Projekte für die Informationsfreiheit

- Sicherstellung der Informationsfreiheit als Grundlage der demokratischen Meinungs- und Willensbildung
- Zugang zu Dokumenten und Akten der [öffentlichen Verwaltung](#) (Ende des Amtsgeheimnisses)
- Sicherstellung der Transparenz (Veröffentlichungspflicht für alle Informationen von öffentlichem Interesse)
- Freier Zugang zu Information/zu Medien (Grundversorgung)
- Zugang zu Infrastruktur (Internet) als demokratisches Bürgerrecht

- Sicherstellung der Netzneutralität
- Klare Trennung von Werbung und redaktionellen Inhalten (werberechtlich)

Maßnahmen und Projekte für Medienfreiheit (rechtliche Komponente)

- Sicherstellung journalistischer Freiheiten und des Redaktionsgeheimnisses
- Auch in Krisensituationen, etwa im Zuge von Terrorbekämpfung, ist das Redaktionsgeheimnis sicherzustellen. Medien sind daher etwa von Datenspeicherverpflichtungen auszunehmen.
- Rechtliche Bestimmungen, die die Medienfreiheit einschränken sind abzuschaffen oder zu reformieren, überbordende strafrechtliche Bestimmungen sind abzubauen.

Maßnahmen und Projekte für Medienvielfalt

- Medienvielfalt stärken, Medienkonzentration verhindern
- Unabhängigkeit von Medien muss gewährleistet sein
- Binnenpluralismus: Auf Grund des Zusammenwachsens der Medien (Rundfunk/Print/Online) ist es umso wichtiger geworden, den Binnenpluralismus in Redaktionen zu fördern. (Redaktionsstatuten, flache Strukturen in Medienbetrieben)
- Medien sollen die Gesellschaft in Ihrer Vielfalt widerspiegeln. Die Chancengleichheit für alle (gesellschaftlichen) Gruppen ist sicherzustellen. Dies kann je nach Bereich durch Selbstregulierung oder Regulierung geschehen.
- Stärkung des Presserates und Ausbau in einen Medienrat

Wir fordern die Sicherung der Medienvielfalt durch Organisationsvielfalt. Im Sinne der Vielfalt treten wir für ein Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen, nichtkommerziellen (z.B. Freie Radios und Community TV) und privaten, kommerziellen Medien ein.

Wir fordern die plattformneutrale Umgestaltung medienrechtlicher Bestimmungen aber auch des Förderwesens in großen Bereichen. Den öffentlich-rechtlichen Medien kommt auf Grund ihrer demokratiepolitischen Rolle eine besondere Bedeutung zu.

Wir erwarten insbesondere vom ORF, dass seine TV- und Radioprogramme sowie sein Onlineangebot in besonders umfassender Weise Informations-, Bildungs- und Kulturangebote sowie regionale Berichterstattung enthalten. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, sind maximale Unabhängigkeit, Freiheit von politischem oder wirtschaftlichem Einfluss, sowie die innere Vielfalt des ORF unabdingbar, weiters muss die wirtschaftliche Basis des ORF langfristig gesichert werden, bzw. müssen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für ein modernes Multimediaunternehmen geschaffen werden.

Wir fordern den freien Zugang zu öffentlich-rechtlichen Inhalten für Bürgerinnen und Bürger auch über Internet, soziale Medien und andere neu entstehende Kanäle.

Wir fordern den Ausbau der Qualitäts- und Ausbildungsförderung, weil private, insbesondere Qualitätsmedien, erheblich zur Meinungsvielfalt beitragen.

Stärkere Partizipation durch Medienkompetenz

Der Umgang mit Medien und das Verstehen von Inhalten bzw. die Fähigkeit kommerzielle oder politische Interessen erkennen zu können, sind in der modernen Informationsgesellschaft relevanter denn je und Grundlage für Partizipation und Demokratie.

Wir fordern die zentrale Verankerung von Medienpädagogik und Medienkompetenz im gesamten Aus- und Weiterbildungsbereich, nicht nur durch Ausbildungsprinzipien, sondern durch eigene Schulfächer. **Wir unterstützen** daher das Engagement von NGOs und Freien Medien, denen bei der Vermittlung von Medienkompetenz eine zentrale Rolle zukommt.

Förderung von Vielfalt, Qualität und Innovation

Unabhängiger Qualitätsjournalismus ist kostenintensiv und über den Markt alleine nicht finanzierbar. Das derzeitige Fördersystem ist daher dringend reformbedürftig. Gefördert werden derzeit in erster Linie Tages- und Wochenzeitungen (Presseförderung) sowie Rundfunkbetreiber (Rundfunkfonds). Medien, die nicht in dieses Konzept passen, etwa webbasierte Medien aber auch Zeitschriften mit geringerer Erscheinungshäufigkeit, können nicht gefördert werden. Selbst die Journalistenausbildung wird nur bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der traditionellen Kategorien gefördert. Die Förderung journalistischer Aus- und Weiterbildung und Qualitätsförderung sind unflexibel gestaltet und unterdotiert. Innovative Projekte, etwa im Onlinebereich, werden derzeit nicht gefördert.

Maßnahmen und Projekte

- Schaffung einer ausreichend dotierten plattformunabhängigen Medienförderung, in der Presse-, Publizistik- und Rundfunkförderung aufgehen. Diese Förderung ist auch für webbasierte Medien und neue innovativen Medienprojekte zu öffnen.
- Schwerpunkte sind die Förderung journalistischer Arbeit, also die Erstellung der Inhalte von Ausbildungsmaßnahmen sowie von qualitätsfördernden Maßnahmen.
- Die Fördervergabe soll auf Basis objektivierbarer, medienübergreifender Qualitätskriterien (z.B. Anzahl der Angestellten JournalistInnen, Anzahl der KorrespondentInnen und der Agenturen, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Anerkennung des Ehrenkodex der österreichischen Presse, Redaktionsstatuten die vorzuziehende Standards erfüllen) erfolgen.
- Nutzung der Medien- und insbesondere der Filmförderung zum Auf- und Ausbau von österreichischen Wertschöpfungsnetzwerken (österreichische Klein- und Mittelbetriebe sowie Start-ups)

Medienstandort Österreich/Medienstandort Europa

Wir fordern eine gemeinsame europäische Medien- und IKT-Politik.

Die Herausforderungen, die sich aus dem zunehmenden Wettbewerb mit Konzernen und Global Playern der Branche – wie Google, YouTube, Facebook oder Netflix – ergeben, erfordern

- eine Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen sowohl auf österreichischer als auch auf europäischer Ebene
- eine Nachschärfungen bei Steuerbestimmungen
- eine Modernisierung des Urheberrechts

eine Besteuerung von internationalen Unternehmen, die in Österreich beziehungsweise in Europa zwar Werbeeinnahmen lukrieren, aber weder journalistische Inhalte generieren noch positiv zur Wertschöpfung beitragen